

Potsdam, innovativ mit kulturellem Erbe

Eckpunktepapier der Fraktion CDU/ANW 2019

Mit einem Masterplan das Wachstum der Stadt planen



Matthias Finken
Fraktionsvorsitzender

Potsdam ist eine wachsende Stadt. Unsere Aufgabe ist es, dieses Wachstum zu gestalten und positiv zu beeinflussen, so dass Potsdam eine attraktive und lebenswerte Stadt bleibt. Wir brauchen einen Masterplan, der sich mit den grundsätzlichen Herausforderungen

des Bevölkerungswachstums befasst und permanent angepasst wird. Dabei müssen in allen Bereichen moderne Technologien und die Digitalisierung zum Nutzen der Bürger selbstverständlich werden. Daher hat die Fraktion CDU/ANW am 15.1.18 folgendes Eckpunktepapier beschlossen.

Verwaltung stärken und Potenziale nutzen

Hand in Hand müssen die Organisation und die Abläufe in der Verwaltung professionell angepasst und optimiert werden. Dabei sind selbstverständlich die Mitarbeiter der Verwaltung, deren Wissen, Erfahrung und Können einzubeziehen.

Die Verwaltung muss aus eigener Kraft und mit eigenen Kompetenzen in allen Fachbereichen noch effektiver Entwicklungen erkennen und nachhaltig planen. Die Mitarbeiter können das. Externe Unterstützung kann und darf nur eine unterstützende Rolle spielen.

Die Stadt aktiv gestalten, reagieren reicht nicht

Nachhaltiges Flächenmanagement für die soziale Entwicklung

Nachdem wir beim letzten Schulentwicklungsplan schon kurz nach der Erstellung feststellen mussten, dass er den Entwicklun-

gen nicht gerecht wird, hätte man reagieren und ein gemeinsames fach- und geschäftsbereichsübergreifendes dynamisches Planungsinstrument für den Kita- und Schulbedarf entwickeln müssen. Die Weiterentwicklung einer integrierten Kita- und Schulplanung ist daher oberstes Gebot. Dazu gehört auch ein vorausschauendes Flächensicherungsprogramm, das erst die Möglichkeiten eröffnet, den Bedarf zu decken. Wie schwer es ist, geeignete Flächen zu finden, sehen wir aktuell bei der Standortdiskussion um eine Grundschule in Babelsberg, dem Sportplatzbedarf im Norden und den fehlenden Möglichkeiten, der Gewerbeflächennachfrage nachzukommen.

Das Bornstedter Feld wächst und wir brauchen weitere Kitas. Die Flächen dafür müssen wir vorhalten. Die Planung für den Jugendclub wurde mit der heißen Nadel gestrickt und geht am Bedarf vorbei. Für einen Bürgertreff, der erst die Entwicklung eines sozialen Lebens ermöglicht, fehlen immer noch konkrete Überlegungen. Im wachsenden Golmer Norden fehlen ebenfalls Flächen für Kitas und Schulen. Auch die müssen dringend festgelegt werden.

Kita-, Schul-, Sportplatz- und Gewerbeflächenbedarf müssen koordiniert festgestellt und gesichert werden. Wir brauchen daher kurzfristig eine stadtteilbezogene verlässliche

Planung mit einer konsequenten Anpassung der Bebauungspläne.

Ein modernes Standort- und Veranstaltungsmanagement ist überfällig

Bremen macht es uns vor. Dort hat man in einer stadteigenen Gesellschaft die Wirtschaftsförderung sowie das gesamte Standort- und Veranstaltungsmanagement zusammengefasst. In Potsdam gibt es zu viele Stellen, die sich darum kümmern. Man will im Kulturbereich sogar weitere schaffen.

Wir müssen Synergien erkennen und stadtweit zusammen betrachten, was zusammen gehört. Dazu gehören die Wirtschaftsförderung, die Kunst- und Kreativwirtschaft, der Tourismus, ein effizientes Standortmanagement der Innenstadt und alle Bereiche, in denen sich Start-Ups entwickeln und Gewerbe sich ansiedeln will oder soll. Es muss selbstverständlich werden, Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft gemeinsam zu betrachten und die Potentiale sinnvoll auszuloten und zusammenzubringen.

Der Digital Media Hub sowie die Gesundheitsbranche und Medienwirtschaft bieten dazu hervorragende Möglichkeiten. Ein



Wir brauchen einen Masterplan für die Herausforderung einer wachsenden Stadt – damit Potsdams hohe Lebensqualität erhalten bleibt

Potsdam: Stark für einen leistungsfähigen und attraktiven Wirtschaftsstandort



Potsdam blickt auf eine gewonnene Dekade zurück. Die Stadt boomt. Wichtige ökonomische Eckdaten belegen das, nicht zuletzt die stark wachsenden Zahlen aus der Tourismuswirtschaft.

Götz Th. Friederich Viele deutet darauf hin, dass diese Entwicklung noch nicht zu Ende ist. Potsdams Wachstumsmarathon hält an. Viele Städte beneiden Potsdam, man spricht aber auch von Wachstumsschmerzen. Die gibt es in der Tat. Sie sind erkennbar, setzt man sich mit den Herausforderung der wachsenden Stadt auseinander.

So sieht die neue Bevölkerungsprognose ein Wachstum von 196.700 Einwohner im Jahr 2025, rund 208.200 Einwohner im Jahr 2030 und 220.100 Einwohner im Jahr 2035 voraus.

Diese Entwicklung wirft viele Fragen auf, die auch und gerade aus der Sicht der Wirt-

schaft bzw. im Hinblick auf wirtschaftliche Rahmenbedingungen beantwortet werden müssen.

Es muss alles dafür getan werden, um der wachsenden Einwohnerzahl auch attraktive Arbeitsplätze anbieten zu können. Hier geht es um bestmögliche Rahmenbedingungen für die Gründung bzw. Ansiedelung von neuen bzw. ansässigen und wachsenden Unternehmen. In der Summe bedeutet dies die Ermöglichung von mehr Wirtschaftskraft. Aus fiskalischer Sicht ist das Potsdams Chance, die Ertragsseite im Potsdamer Haushalt zu stärken, um wichtige Aufgaben im Sinne des Gemeinwohlaufrags und der Erfüllung sozialer Belange am Ende finanzieren zu können. Diese Chancen zu nutzen bedeutet aber auch zur Kenntnis zu nehmen, dass Bevölkerungswachstum auch mehr Gewerbeflächenverbrauch, mehr Pendlerverkehre, mehr Bautätigkeiten und mehr Versorgung bedeuten. Hier müssen wir deutlich aktiver werden, weil es keine ernstzunehmende Alternative gibt. Denn das Gegenteil eines funktionierenden und leistungsfähigen Wirtschaftsstandortes sind weniger Unternehmen, weniger Wirtschafts-

leistung, weniger Beschäftigung, kurz ein unattraktiver Wirtschaftsstandort mit geringer Ausstrahlung und am Ende Fehlerträgen im kommunalen Haushalt, die die Handlungsfähigkeit der Kommune gerade im Hinblick auf die Gewährung sozialer Leistungen einschränken.

Es müssen also Antworten gefunden werden, wie mittel- und langfristig die zu erwartende Gewerbeflächenachfrage bedient werden kann, wie der Wirtschaftsverkehr und wie die Pendlerverkehrsströme bewältigt werden können.

Der Fokus der Potsdamer Wirtschaftspolitik muss sich daher auf fünf Handlungsfelder konzentrieren:

- 1.) Proaktive Bauland-/Gewerbeflächenentwicklung;
- 2.) Wissenstransfer: Brücken bauen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft;
- 3.) Ermöglickungskultur: Wirtschaftsfreundliche Verwaltung;
- 4.) Städtische Verkehrsinfrastruktur und ÖPNV-Angebote;
- 5.) Digitalisierung (smart city u.a.)

Damit die Wirtschaft mit der Stadt wachsen und so auch als Ertragsgrundlage für soziale Leistungen dienen kann.

gemeinsames Marketing aller städtischen Bereiche muss unser Ziel sein. Alle denkbaren Synergieeffekte mit der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten und dem Museum Barberini müssen festgestellt und entwickelt werden.

Die Potsdamer Wirtschaft und Wissenschaft muss konsequent weiterentwickelt werden. Potsdam muss zum Einkaufen einladen. Die Brandenburger Straße zusammen mit der neuen Mitte müssen zur Erlebniswelt und zum beliebten Einkaufsziel werden. Dazu

muss der Müll weg und das Slalomlaufen um überdimensionierte Außenflächen auf der Brandenburger Straße muss aufhören. Gut ausgeschildert sollen die Besucher sehen, wo es was gibt und wie man zu seinem Ziel kommt. Die neue Mitte mit dem Alten Markt sollen zum Verweilen und Flanieren einladen – als Herz der Stadt.

Verkehr ohne Vorbehalte großräumig und vorausschauend planen

Um mit den Herausforderungen fertig zu

werden, brauchen wir ein digitales Verkehrsmodell, das über das Stadtgebiet hinaus auch einen ersten und zweiten Kreis unserer Region umfasst und verschiedene Simulationen erlaubt. Die Stadt Kassel zeigt uns, wie damit die Verkehrsplanung vorausschauend geplant und angepasst werden kann.

Zur Bewältigung des Verkehrs sind zwar eine Reihe von Maßnahmen angeschoben worden, ein übergreifendes, großräumiges Gesamtkonzept ist jedoch nicht erkennbar.

Das liegt auch daran, dass man die verschiedenen Verkehrsmittel nicht gleich behandelt und den Autoverkehr nur unter Vorbehalten betrachtet. Dabei ist klar, dass der Autoverkehr mit steigenden Einwohnerzahlen zwangsläufig auch zunehmen wird. Also muss man innovative Lösungen finden, die den Autoverkehr flüssiger machen, gepaart mit einem Konzept, welches ausreichend dimensionierte Park & Ride Angebote – in einem äußeren Ring an allen Einfallstraßen außerhalb der Wohngebiete sowie im näheren Innenstadtbereich – bietet.

Vielleicht schaffen wir es sogar, den Verkehr in einem Kreisverkehr um die Innenstadt herum zu leiten und diese weitgehend verkehrsfrei zu halten.

Dazu gehört auch die Untersuchung eines weiteren Havelübergangs, der nicht nur aus



Potsdam braucht ein übergreifendes, großräumiges Gesamtkonzept, damit der Verkehr fließt



Die Förderung des sozialen Wohnungsbaus braucht auch die Unterstützung des Landes

dem Blickwinkel der Landeshauptstadt, sondern auch unter regionalen Aspekten betrachtet werden muss. Bei dem zu erwartenden Wachstum der Region ist eine weitere Trasse über die Havel von Vorteil. Ob und wie diese letztlich sinnvoll genutzt werden kann, hängt auch von der Entwicklung der Verkehrsmittel ab.

Klar ist, dass wir nur mit einem attraktiven und leistungsstarken ÖPNV vorankommen. Aus diesem Grund ist das Park & Ride Konzept einzubinden. Die vorliegenden Planungen lassen offen, wie die notwendigen Kapazitäten und zusätzlichen Linien geschaffen werden können; denn das jetzige System ist bereits heute gut ausgelastet und wird über die heutigen Vorstellungen hinaus erweitert werden müssen.

Wir unterstützen die Bemühungen, die Stammbahn wieder vollständig in Betrieb zu nehmen und die Regionalbahnen weiter zu entwickeln.

Gut und sicher zu nutzende Rad- und Fußwegenetze müssen das Verkehrsnetz ergänzen.

Wohnungsbau planen und Mieten dämpfen

Die Landeshauptstadt Potsdam hat hier bereits einige Maßnahmen ergriffen. Wir brauchen jedoch dringend die Unterstützung des Landes. Die Förderung des sozialen Wohnungsbaus ist zu gering und für Studentenwohnungen fehlen die notwendigen Förderungen. Hier muss die Stadt wesentlich mehr Druck auf das Land ausüben. Die Fehler, die in Berlin gemacht werden, müssen dazu anspornen, sich zu überlegen, wie man im Speckgürtel darauf reagieren kann und muss. Kurzfristiges gemeinsames Handeln ist hier angesagt. Neben dem privaten Wohnungsbau sind die eigenen Möglichkeiten beim sozialen Wohnungsbau durch die Pro Pots-

dam zu nutzen, die Mietnebenkosten müssen durch eine entsprechende Preisgestaltung bei Strom, Wasser, Fernwärme und allen anderen Gebühren gedämpft werden.

Sicher Leben in einem lebendigen und anspruchsvollen Umfeld

Alle Potsdamerinnen und Potsdamer sollen in Sicherheit leben und sich in ihren Kiezen/Wohnquartieren wohlfühlen. Nachhaltiges und umweltverträgliches Handeln in allen Bereichen ist selbstverständlich. Sicher leben heißt,



dass sich die Stadt ihrer Pflicht stellen muss, die Kriminalitätsprävention konsequent und in allen Bereichen umzusetzen und transparent für die Bürger zu gestalten. Wir wollen in den Kriminalstatistiken nicht mehr die negativen Top-Platzierungen belegen.

Das Ordnungsamt muss sich weiterentwickeln – weg vom Knöllchenimage. Es gibt noch genug andere Tätigkeitsfelder, die in enger Zusammenarbeit mit der Polizei entwickelt werden können. Wir wollen, dass die Mitar-

beiter zu geschätzten Sicherheitspartnern der Bevölkerung werden.

Aufgabe unserer Stadt-Gesellschaft ist es darüber hinaus, niemanden zu vergessen. Die soziale Infrastruktur muss mit der Stadt wachsen – auch in den ländlichen Stadtteilen. Das umfasst z.B. Einrichtungen der ärztlichen Versorgung, sowie Angebote für die Jugend, sowohl die Bildung, als auch die Freizeit betreffend. Bürgertreffs und Jugendfreizeiteinrichtungen sind wesentliche Voraussetzungen für die Entwicklung eines lebendigen sozialen Lebens. Ein lebendiger Kiez bietet was man täglich braucht, reduziert Wege und Verkehr und schafft Identifikation mit dem Kiez und unserer Stadt.

Wir müssen ebenso unser Augenmerk auf die Schwächeren, auf die Hilfebedürftigen, lenken. Ein respektvoller Umgang mit Menschen, die eingeschränkt sind, Pflege benötigen oder aus anderen Gründen auf Hilfe angewiesen sind, ist unerlässlich. Dazu gehört auch eine erhöhte Anerkennung der Personen – seien es professionelle Pflegekräfte oder Familienmitglieder – die sich tagtäglich kümmern.

Zu einem lebendigen Umfeld gehört eine umfangreiche Kultur-Szene. Das Angebot zum Beispiel in der Schiffbauergasse prägt unser kulturelles Leben, wie viele andere Einrichtungen auch. In der Innenstadt entstehen lebendige und attraktive Wohnkarrees mit bezahlbaren Wohnungen und einer ansprechenden Architektur auf den historischen Grundrissen.

Die Integration aller neuen Bürger erfolgt nach dem Prinzip Fördern und Fordern aktiv und transparent für die gesamte Stadtgesellschaft. Seniorinnen und Senioren werden nicht vergessen und ihre Bedürfnisse werden bei allen Planungen ihren Niederschlag finden.



Die Bedürfnisse der Best-Ager müssen bei Planungen berücksichtigt werden

Auswertung des Modellversuchs Zeppelinstraße



Lars Eichert

Ende Februar wurde durch die Stadt die Auswertung des Modellversuchs Zeppelinstraße präsentiert. Wenn man den Ausführungen glauben darf, dann war alles ein voller Erfolg, so zumindest die Ausführungen der Verwaltung. Danach wurden die Grenzwerte eingehalten, die Zunahme der Verkehrsbelastung aus Ausweichrouten war letztendlich im überschaubaren Maße, die Erhöhung der Immissionsbelastungen an diesen Straßen sei gering und bei den Einpendlern aus dem Umland gäbe es eine Zunahme der ÖPNV-Nutzung. Man müsse nur noch ein wenig auf den Ausweichrouten nachsteuern und damit wäre dann alles getan. Klingt gut, wenn man nicht so genau hinschaut.

Grundsätzlich ist es natürlich zu begrüßen, dass die Grenzwerte während des Modellversuchs eingehalten wurden. Allerdings wurden die Erfolge dann doch zu Teilen auf Kosten anderer erkaufte. So müssen nun beispielsweise die Anwohner in der Geschwister-Scholl-Straße mit einem deutlich höheren Verkehrsaufkommen leben. Auf den anderen Ausweichrouten wird man die Zunahme des Verkehrs noch genauer betrachten müssen. Zu vernachlässigen sind diese Zunahmen auf keinen Fall. Auch erscheinen die Werte fragwürdig, wenn während des Modellversuchs die Pflörtnerampeln verstärkt eingesetzt wurden, um Verkehr aus Potsdam rauszuhalten. Dann

wäre der Erfolg zumindest teilweise auf die Pflörtnerampeln und nicht auf die Neuordnung des Straßenraums zurückzuführen. Dass eine verstärkte Regulierung durch die Pflörtnerampeln während des Modellversuchs erfolgte, hat die Verwaltung bereits auf Nachfrage im Bauausschuss bestätigt.

Bevor jetzt also der Vorschlag der Verwaltung, die Neuaufteilung des Verkehrsraums in der Zeppelinstraße zu verfestigen, gefolgt werden kann, müssen die vorgelegten Ergebnisse

genau geprüft und bewertet werden. Die Forderung der CDU/ANW bleibt unverändert, zuerst müssen die Angebote verbessert werden. Es ist dem Bürger kaum zu vermitteln, warum die Busspur nach Werder erst in zwei Jahren kommen soll, er aber bereits jetzt dauerhaft starke Einschränkungen auf der Zeppelinstraße hinnehmen oder vor Potsdam im Stau stehen muss, weil die Pflörtnerampeln ihn dort festhalten. Der ÖPNV ist jedenfalls keine Alternative, wenn der Bus gemeinsam mit den Autos im Stau steht.



Modellversuch Zeppelinstraße: Ergebnisse werfen noch Fragen auf (Foto RIB)

Konzept gegen Schleichwege gefordert Das gilt auch für Potsdam West

Matthias Finken

Nach zahlreichen Hinweisen aus der Bevölkerung haben wir bereits 2016 als erste Fraktion das Thema „Ausweichstrecken und Schleichwege“ aufgegriffen.

Damals antwortete die Verwaltung noch auf unsere Frage, welche Auswirkungen diese Entwicklung auf die bestehenden Konzepte für die Verkehrslenkung, Verkehrsführung und Verkehrsplanung habe. „Direkt gibt es keine Auswirkungen.“ Inzwischen haben sich fast alle Fraktionen mit diesem für die betroffenen Anwohner üblen Zustand beschäftigt. Die Verwaltung hat jetzt endlich ein Einsehen und kündigte ein Konzept gegen den Verkehr auf Schleichwegen bis Ende des Jahres an. Es freut uns, dass wir dazu wesentlich beitragen konnten.

Das gilt natürlich auch für die Bewohner in Potsdam West, die durch die Verengung der Zeppelinstraße durch zum Teil erheblich mehr Verkehr in ihren Wohnstraßen belastet sind.

So kann es nicht bleiben und wir fordern, hier umgehend Lösungen, die dauerhaft dazu beitragen, die Nebenstraßen wieder zu entlasten. Da der erwartete Umstieg auf den ÖPNV weitgehend ausgeblieben ist, muss der Umstieg auch hier so schnell wie möglich attraktiv gemacht werden. Wir bleiben auch bei unserer Forderung, dass eine Gesamtlösung nur in enger Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden erfolgen kann und muss.

2016 schrieb die Verwaltung auf unsere Anfrage „Grundsätzlich sollen die Hauptverkehrsstraßen den Hauptteil des motorisierten Verkehrs bewältigen. Das weitere Straßennetz, insbesondere die Anliegerstraßen mit überwiegender Wohnnutzung sollen nur der Erschließung der entsprechenden Gebiete dienen. Dabei sind lt. Richtlinie für die Anlage von Stadtstraßen (RASt 06) bis 400 Kfz/Stunde verträglich. Dieser Verkehr muss bzw. kann auch nicht ausschließlich

Anliegerverkehr der jeweiligen Straße sein, sondern durchaus auch in begrenztem Maß Durchgangsverkehr zu benachbarten Gebieten und als Verbindung zwischen 2 übergeordneten Straßen. Ob diese Nichtanliegerfunktion für einzelne Straßenabschnitte verträglich ist oder nicht, muss im Einzelfall geprüft werden.“ Dem haben wir nichts hinzuzufügen und wir fordern das jetzt ein.

Vor der Verengung der Zeppelinstraße sollten zuerst die Voraussetzungen für einen möglichst staufreien Verkehrsfluss geschaffen werden. Das hat die Verwaltung bis heute nicht geschafft. Der Modellversuch wurde trotzdem gestartet. Wir fordern ein Gesamtlösungskonzept, mit dem die Ausweichverkehre anwohnerfreundlich geleitet werden und mit dem auch die Nachbargemeinden zufrieden sein können.

Schulwegsicherheit in Potsdam



Clemens Viehrig

Der Weg zur Schule soll für Kinder ohne Ängste oder Gefahren ablaufen. Damit dies so bleibt, bieten viele Schulen Verkehrserziehung als Teil ihres Unterrichts an. Diese Angebote gilt es, durch eine optimale Schulwegsicherheit zu unterstützen.

Die Stadtfraktion hat aus diesem Grund, in den letzten Wochen immer wieder Anträge zur Verbesserung der Schulwegsicherheit eingebracht. Ziel muss es für uns alle sein, Verkehre nicht unnötig zu behindern und trotzdem die Situation für die „Kleinen“ im Straßenverkehr zu verbessern. Leider ist es uns dabei nicht immer gelungen, alle Fraktionen von der Wichtigkeit dieses Anliegens zu überzeugen. Unser Antrag zur „Schulwegsicherheit Eiche“ wurde leider abgelehnt. Damit ist der Schulweg von Eiche nach Golm weiterhin nicht optimal gesichert. Die Verwaltung hat auf eine Kleine Anfrage dazu ausgeführt, dass „für den Radverkehr in der gesamten Kaiser-Friedrich-Straße keine Gefährdung gesehen wird. Zudem ist bei der derzeitigen Verkehrsbelastung eine Führung des Radverkehrs auf der Fahrbahn ohne bauliche oder markierte Radverkehrsanlagen nach den technischen Regelwerken möglich.“ Betroffene Kinder sowie deren Eltern sehen dies anders, denn insbesondere für die Kleinsten im Straßenverkehr zählt auch das individuelle Sicherheitsgefühl! Die Schulwegsicherheit vor der Schiller Grundschule wurde ebenfalls nicht beschlossen und zunächst zurückgestellt. Die Verwaltung hat angekündigt, dass das Schulwegesicherungskonzept im April 2018 endlich vorliegen soll. Wir bleiben dran und werden uns weiter für die Sicherung der Schulwege einsetzen. Manchmal sind kleinteilige Lösungen ein erster Schritt und unterstreichen



Holzpoller in der Domstraße sorgen für mehr Übersicht für kleine Verkehrsteilnehmer

chen die Wichtigkeit von Schulwegsicherheit für unsere Kinder. Wir freuen uns jedoch, dass wir in der Domstraße in Babelsberg der Grundschule am Griebnitzsee sowie der Katholischen Marienschule helfen konnten. Schule, Verwaltung und Polizei haben verschiedene Maßnahmen vor Ort begutachtet und im unmittelbaren Umfeld der Schule erste Maßnahmen umgesetzt. Die gesetzten Holzpoller zeigen besondere Wirkung, denn insbesondere für Kinder ist es – aufgrund ihrer Körpergröße – sehr schwer, über parkende Autos am Straßenrand hinwegzuschauen. Zudem behindern parkende Autos den freien Blick der Autofahrer auf wartende Kinder. Die Holzpoller sind somit ein Beitrag zur Weit- und Übersicht für alle Verkehrsteilnehmer. Vielen Dank an die engagierten Eltern, die sich hier besonderes eingebracht haben. Bereits im letzten Jahr konnten wir mit unserem Antrag „Streckenbezogene Anordnung von Tempo 30 vor Schulen, Kindertagesstätten sowie Senioren- und Pflegeheimen in der Landeshauptstadt Potsdam“ einen weiteren Beitrag für die Sicherheit der Schülerinnen und Schüler leisten. Die Verwaltung informierte zuletzt darüber, dass bis auf wenige Standorte alle betreffenden Objekte überprüft und neue Tempo 30 Zonen eingerichtet worden sind. Die noch ausstehenden Überprüfungen werden derzeit durch die Verwaltung sukzessive umgesetzt. Letztendlich können wir alle dazu beitragen, dass Schulwegsicherheit gelebt wird: Bitte achten

INFO

Neue Tempo-30-Verordnung

Das hohe Sicherheitsniveau in Deutschland sollte mit der Ordnungsänderung weiter verbessert werden. Die Änderung des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur bezog sich auf eine Novelle der Straßenverkehrsordnung. Dabei war ein Baustein zur Verbesserung der Verkehrssicherheit für schwächere Verkehrsteilnehmer – zu denen insbesondere Kinder und ältere Personen zählen – die erleichterte streckenbezogene Anordnungsmöglichkeit von Tempo 30 auch an innerörtlichen Straßen (Bundes-, Landes- und Kreisstraßen) sowie auf weiteren Vorfahrtstraßen insbesondere vor allgemeinbildenden Schulen, Kindergärten, Kindertagesstätten aber auch Senioren- und Pflegeheimen. Dazu wurde die hohe Anordnungshürde (z. B. Nachweis eines Unfallschwerpunktes zum Beleg eines besonderen Gefahrenschwerpunktes) abgesenkt und somit die Möglichkeit geschaffen, einfacher Tempo 30 vor den betreffenden Einrichtungen zu ermöglichen.

Sie auf eine angemessene Geschwindigkeit vor Schulen, geben Sie Schülerinnen und Schülern bei den jeweiligen Fahrbahn-Überquerungshilfen etwas Zeit und optimieren Sie (selbst oder durch Hinweis an andere Eltern) den Hol- und Bringeverkehr vor der Schule. Wir sind es der zukünftigen Generation Potsdams schuldig. Gibt es an Ihrem Schulstandort Probleme im Bereich der Schulwegsicherheit, dann wenden Sie sich an die Stadtfraktion.

Impressum

Herausgeber:

CDU/ANW-Fraktion in der SVV Potsdam
Stadthaus, Raum 3.093

Friedrich-Ebert-Straße 79-81, 14461 Potsdam
cdu-anw-stadtfraktion@rathaus.potsdam.de

Gesamtherstellung:

GS Druck und Medien GmbH, Potsdam

V. i. S. d. P.

Ulrike Heuer-Serger, Geschäftsführerin

Die Verfasser sind für den Inhalt der namentlich gekennzeichneten Beiträge verantwortlich

Fotos: CDU/ANW-Fraktion (Clemens Viehrig), Patrick Pleul, RIB, photocrew – Fotolia, Manfred Jahreis, – Pixelio.de, Wikimedia Commons, Public Domain

Abschließende Bebauung des Bornstedter Felds muss städtebaulich geprüft werden

B-Plan Rote Kaserne West kann noch angepasst werden

Matthias Finken

Potsdam wird weiter wachsen und vor allem im Potsdamer Norden wird die Zahl der Bewohner deutlich zunehmen. Für soziale Infrastruktur wurden im Bornstedter Feld bisher keine weiteren Flächen vorgesehen und reserviert. Wie die Erfahrungen der letzten Jahre gezeigt haben, hat das starke Bevölkerungswachstum jedoch einen höheren Bedarf an sozialen Einrichtungen als bisher angenommen wurde, zur Folge. Die Suche nach geeigneten Flächen zur Realisierung dieses Bedarfs gestaltete und gestaltet sich schwierig. Bevor alle Flächen im B-Plan Rote Kaserne West für Wohnbebauung vorgesehen werden, muss festgestellt werden, ob wir noch Flächen für die Soziale Infrastruktur brauchen und frei halten müssen. Die Flächen westlich der Georg-Herrmann-

Allee stehen seit der BUGA für den Volkspark zur Verfügung. Dieser hat sich zu einem beliebten Ort für Freizeit, Sport und Veranstaltungen für die Potsdamer Bevölkerung entwickelt. Die Besucherzahlen liegen bei ca. 400.000 Personen im Jahr und es ist davon auszugehen, dass diese Zahlen mit der weiter wachsenden Bevölkerung und dem in der Nachbarschaft vorgesehenen Geschosswohnungsbausteigen werden. Die Nutzung dieser Fläche für den Wohnungsbau hat die Verlegung der dort jetzt angesiedelten Einrichtungen an andere Stellen des Volksparks zur Folge. Die Wohnbebauung rückt bis unmittelbar an den verkleinerten Park heran. Wie die Erfahrungen in der Horst-Bienek-Str. zeigen, wird von den Bewohnern der parknahen Gebäude das Freizeittreiben als störend emp-

funden. Aufgrund von Beschwerden mussten Angebote des Parks gestrichen werden und es gibt weitere Bestrebungen dazu. Daraus müssen wir lernen und die Konsequenzen ziehen; denn es kann nicht sein, dass einerseits von den Wohnungsanbietern mit dem Park die Wohnungen beworben werden und anschließend die Parkangebote reduziert werden müssen. Bei dem vorgesehenen stark eingegengten Park, gerade im Bereich zwischen dem nördlichen Eingang und der Biosphäre, ist von einer ähnlichen Entwicklung auszugehen. Eine alternative Nutzung zur Wohnbebauung könnte hier als Puffer wirken.

Der Vorsitzende der CDU/ANW-Fraktion Matthias Finken sagt: „Es muss daher geprüft werden, ob die sozialen Einrichtungen, die entlang der Georg-Herrmann-Allee entstehen sollen, nicht besser als Puffer zwischen Wohnbebauung und Park westlich der Allee errichtet werden. Vielleicht kann aufgrund der höheren Einnahmen durch die gestiegenen Grundstückspreise auch ganz auf die Bebauung dieser Fläche verzichtet werden. Dabei sind natürlich die Auswirkungen auf die Entwicklungsmaßnahme festzustellen und zu bewerten.“

CDU/ANW fordert eine temporäre Lösung für ein Stadtteilcafé in Bornstedt

Matthias Finken

Die Notwendigkeit eines Bürgertreffs in Bornstedt wird inzwischen von niemandem mehr bestritten. Konkrete Planungen für eine Umsetzung gibt es jedoch noch nicht. Für die Entwicklung des soziokulturellen Lebens im Stadtteil gibt es bisher keine Räumlichkeiten, sodass es dringend erforderlich ist, dass neben dem Wohnungsbau auch die notwendige soziale Infrastruktur für das Entstehen eines lebendigen und lebenswerten Stadtteils geschaffen wird. Da die Realisierung einer endgültigen Lösung noch Jahre in Anspruch nehmen wird, ist zunächst eine temporäre Lösung anzustreben.

Daher fordert die CDU/ANW in der Stadtverordnetenversammlung im März, dass geprüft wird, wie in Bornstedt noch in diesem Jahr eine temporäre Lösung für ein Stadtteilcafé realisiert werden kann. Benötigt wird ein Objekt von ca. 100 qm oder eine sinnvolle Doppelnutzung von Räumen in bestehenden Einrichtungen wie Schulen, Kitas oder der Biosphäre. Es soll dem Stadtteilkoordinator als Büro dienen und Anlaufstelle für die Bewohner und Vereine sein. Außerdem kann es für die Entwicklung und Koordination sozialer Aktivitäten im Stadtteil genutzt werden

Kultur und Kreativwirtschaft – Mehr Raum für Kreative

Wir begrüßen das Ergebnis des Szenario-Workshops Kunst- und Kreativwirtschaft, der mit großer Mehrheit für einen neuen – größeren – Standort für die Kreativen in Potsdam plädiert hat. Die temporäre Nutzung des Rechenzentrums als Kunst- und Kreativhaus hat gezeigt, welches Entwicklungspotential die Kreativwirtschaft in Potsdam hat. Kultur- und Kreativwirtschaft ist ein Wirtschaftssektor, der sich mit der Schaffung, Produktion, Verteilung und/oder medialen Verbreitung von kulturellen/kreativen Gütern und Dienstleistungen befasst. Wir müssen dafür sorgen, dass dieser Wirtschaftszweig in Potsdam einen festen Platz bekommt und sich weiter entwickeln kann.

Gut Gedacht – Schlecht gemacht

Lars Eichert

Das kostenlose Frühstück an den Grundschulen zu unterstützen ist der richtige Grundgedanke, weshalb die CDU/ANW-Fraktion einen entsprechenden Antrag der Fraktion Die Linke unterstützte. Allerdings hatten wir im letzten Jahr bei Antragstellung angemahnt, man müsse die Modalitäten für diese Unterstützung diskutieren und den Antrag in die Ausschüsse überweisen. Davon wollten Linke und SPD jedoch nichts wissen und beschlossen den Antrag ohne weitere Beratung. Die Verwaltung hat also ein Modell für das kostenlose Frühstück entwickelt und das Ergebnis wurde jetzt präsentiert: Die Stadt hatte ein Modellversuch an weiteren Schulen gestartet. Das Spendenaufkommen für die Spirellibande sank und diese hatten dadurch finanzielle

Probleme. Am Ende wurde das ehrenamtliche Engagement der Spirellibande auch durch die Stadt in Frage gestellt, weil diese Probleme bei der Hygiene sah. Nun will die Verwaltung beide Projekte verschmelzen. Erwartungsgemäß sah der Vorschlag der Verwaltung natürlich nicht vor, dies unter der Regie des ehrenamtlichen Engagements vorzunehmen, sondern durch die Stadt, die diese Leistungen bei Catering-Firmen einkauft. Das ehrenamtliche Engagement der Spirellibande unter Mitwirken der Kinder hätte damit nach mehr als zehn Jahren ein Ende. Manchmal ist es einfach besser erst alle Konsequenzen abzuwägen, um die beste Lösung zu finden, damit es am Ende nicht heißt: gut gedacht – schlecht gemacht.

Preußenhalle in Groß Glienicke

Die Untersuchungen haben gezeigt, dass die LHP die zwingend erforderliche Sanierung auf absehbare Zeit nicht leisten kann. Der Verlust der Betriebserlaubnis ist nur eine Frage der Zeit. Ideologische Hindernisse dürfen die vielfältige Nutzung für die Groß Glienicker Vereine nicht gefährden. Wir müssen daher andere Wege suchen und durch entsprechende Verträge ggf. auch mit einem privaten Investor die Nutzung für die Vereine langfristig sichern.

Stadtfraktion hilft bei Licht- und Spielplatz-Problematik



Clemens Viehrig

Es ist schön, dass Bürgerinnen und Bürger immer wieder unsere Aufrufe nutzen und uns Probleme des Alltags melden. In der Allee nach Sanssouci war die Beleuchtung zu schwach und vor allem ältere Bürgerinnen und Bürger hatten in den Abendstunden

Probleme mit den Beleuchtungsverhältnissen. Der Grund war schnell identifiziert. In 2017 wurden die historischen Eileuchten von Natriumdampflampen auf LED-Leuchtmittel umgerüstet und die LED-Leuchtmittel waren noch nicht optimal. Der Fachbereich hat sofort reagiert und wird leistungsstärkere Leuchtmittel einsetzen.

Auch bei einem zweiten Problemfall hat die Potsdamer Verwaltung unsere Anregungen aufgegriffen und sofort Maßnahmen eingeleitet. Auf dem beliebten Inselspielplatz auf der Freundschaftsinsel gibt es im Bereich der Wasserpumpe eine Hydranten, welcher weit aus der Erde ragt und in der Hochsaison für unschöne Blessuren bei Kindern geführt hat. Im Zuge der Neugestaltung des Spielplatzes



Gefahrenquellen auf Spielplätzen, wie dieser Hydrant auf dem Inselspielplatz, sollen der Vergangenheit angehören

wird man sich dieser Gefahrenstelle auch annehmen und kurzfristig eine Sicherung vornehmen. Zudem ist für den Inselspielplatz die 2. Sanierungsphase in der Vorbereitung und soll noch in diesem Jahr abgeschlossen werden. Das vorhandene Schiffsheck wird abgebrochen und durch zwei neue Schiffe ergänzt. Weiterhin ist durch den Bereich Grünflächen geplant, die 3. Sanierungsphase für das Jahr 2019 umzusetzen. Der Spielplatz soll dann räumlich erweitert werden. Es ist geplant, die Rasenwälle zu ergänzen und mit weiteren Spielgeräten und Sitzmöglichkeiten zu versehen.

Haben Sie ebenfalls Hinweise für die Stadtfraktion, dann melden Sie sich bei uns.

Unterstützung für den Mathe-Club

Clemens Viehrig

Begabungen sollten gefördert werden. Diesem Ziel hat sich der Mathe-Club verschrieben, denn Mathematik bedeutet vor allem eines – kreatives Denken. Zudem nehmen die Schülerinnen und Schüler regelmäßig an der Mathe-Olympiade teil, welche die Stadtfraktion mit einem Haushaltsantrag unterstützen konnte. Im letzten Jahr haben immerhin 471 Teilnehmer an der 2. Stufe der Olympiade teilgenommen. Insbesondere bei den Grundschulen (Klassen 3/4) hat sich die Teilnehmerzahl erhöht, was auf das gestiegene Interesse an mathematischen Zusammenhängen zurückzuführen ist. Die hohe Beteiligung dokumentiert jedoch auch, die gestiegene Bedeutung welche dem Mathematikunterricht an der Grundschule beigemessen wird. Damit der Club sowie die Olympiade reibungslos verlaufen können, arbeiten im Hintergrund viele engagierte Personen.

Vielen Dank an das große Team der Korrektoren und die URANIA als Trägerverein.

Allen Gewinnern sowie allen teilnehmenden Schülerinnen und Schüler gratulieren wir, für die tolle Leistung.

Mehr Kitas für Potsdamer Kinder

Matthias Kaiser



Die Landeshauptstadt wächst rasant und damit auch der Bedarf an Kita- und Hortplätzen, besonders im Norden. Das bekommen vor allem Eltern zu spüren, die händeringend einen Platz für ihre Lieben suchen. Da ist manch einer froh, am anderen Ende der Stadt noch einen Betreuungsplatz erhalten zu haben. Für uns als CDU/ANW-Fraktion ist dies ein inakzeptabler Zustand, den wir gegenüber der Verwaltung kritisieren. Diese Versäumnisse dürfen sich zukünftig nicht wiederholen. Bevölkerungsprognosen werden nun in kürzeren Abständen erstellt, damit Bedarfe nicht erst erkannt werden, wenn sie akut sind. Die Verfahren zur Umsetzung von Baumaßnahmen dauern derzeit noch viel zu lange und teure Übergangslösun-

gen sind längst Standard geworden. Hier setzen wir uns für beschleunigte Verfahren ein und für vorausschauende Planung beispielsweise für Krampnitz.

„Kurze Beine, kurze Wege“ ist ein Prinzip, auf dem wir bestehen. So sollten z.B. auch Flächen für dringend benötigte Kinderfreizeiteinrichtungen im Bornstedter Feld in Wohnraumnähe anvisiert werden. Grundsätzlich möchten wir es Eltern ermöglichen, selbst zu entscheiden, wie ihr Kind betreut wird.

Daher unterstützen wir auch die Kindertagespflegekräfte als Alternative zur Kita. Für uns gilt es, diesen Bereich mehr zu fördern und auszubauen.

Der Fraktionsvorsitzende Matthias Finken fordert dazu auch eine regelmäßige Prüfung der Gesetzmäßigkeit der Aufgabenerfüllung („Rechtsaufsicht“) und die Durchführung der Aufgabe in konzeptioneller und organisatorischer Hinsicht („Fachaufsicht“). Das resultiert letztlich aus der Verpflichtung, sich davon zu überzeugen, dass die ausgereichten öffentlichen Mittel zweckentsprechend verwendet werden.

Unsere Vertreter im Jugendhilfeausschuss:



Matthias Kaiser



Björn Karl



Anna Lüdcke



Christane Dreusicke

Für Sie in der Stadtverordnetenversammlung: Die Mitglieder der Fraktion CDU/ANW



Matthias Finken
Fraktionsvorsitzender
u. a. Mitglied im:
Ältestenrat
Hauptausschuss
Aufsichtsrat der ProPotsdam



Klaus Rietz (ANW)
stellv. Fraktionsvorsitzender
u.a. Mitglied des Ältestenrates und des Präsidiums der Stadtverordnetenversammlung, Mitglied im Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung, Aufsichtsrat der Stadtentsorgung Potsdam, Aufsichtsrat Entwicklungsträger Potsdam GmbH



Günter Anger
stellv. Fraktionsvorsitzender
Vorsitzender des Ausschusses Eingaben und Beschwerden
u. a. Mitglied im:
Hauptausschuss,
Aufsichtsrat der Energie- und Wasser Potsdam, Verkehrstisch Potsdam



Horst Heinzel
Ehrevorsitzender
u. a. Mitglied im :
Hauptausschuss,
Ausschuss für Finanzen,
Aufsichtsrat der Stadtwerke SWP



Götz Friederich
Vorsitzender des Wirtschaftsrates der Landeshauptstadt Potsdam
u. a. Mitglied im:
Arbeitskreis Einzelhandel,
Arbeitskreis Innenstadt



Clemens Viehrig
Vorsitzender des Ausschusses für Bildung und Sport
u. a. Mitglied im:
Aufsichtsrat Luftschiffhafen und Luftschiffhafenbeirat



Lars Eichert
u. a. Mitglied im:
Ausschuss für Stadtentwicklung Bauen und Verkehr, Gestaltungsbeirat, Werksausschuss Kommunalen Immobilienservice,
Aufsichtsrat Verkehrsbetriebe Potsdam (ViP) und Technologie- und Gewerbezentren Potsdam GmbH



Norbert Mensch
u. a. Mitglied im:
Ausschuss für Kultur und Wissenschaft (stellv. Vorsitzender),
MBS Vertreterversammlung,
Städtepartnerschaftsbeirat,
Fachjury Festivalförderung



Hans-Wilhelm Dünn
u. a. Mitglied im:
Aufsichtsrat Ernst von Bergmann Klinikum
Beirat Luftschiffhafen GmbH
Kuratorium Stiftung Altenhilfe Potsdam



Lothar Wellmann
u. a. Mitglied im: Rechnungsprüfungsausschuss (stellv. Vorsitzender),
AG Kita-Elternbeiträge